

In Thüringen ist eine andere Situation entstanden. Abgesehen von den noch lebenden ehemals Beschäftigten des Wismut-Bergbaus herrscht in der Bevölkerung auf Grund von Unkenntnis eher eine Gleichgültigkeit vor, gegenüber Uranaltstandorten sogar Ablehnung. Bürger und Anwohner fragen sich: Wieso sollten nach so vielen Jahren der Sanierung plötzlich gefährliche Standorte übriggeblieben sein? Die jahrelange Leugnungs- und Verdrängungstaktik der Landesregierung trägt Früchte. Selbst Kommunen, wie das Beispiel Dittrichshütte [13] zeigte, verdrängen jedes Umweltbewusstsein und lassen den Dingen ihren Lauf. Nun: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Fazit

1. Die umfangreichen Recherchen des Kirchlichen Umweltkreises Ronneburg in Sachsen bestätigten nachdrücklich die Nichteignung der Strahlenschutzgesetzgebung für die Sanierung von Uranbergbau-Altlasten. Selbst extrem kontaminierten Standorten mit Tailings etc. billigt diese bis heute und leider auch künftig keine Sanierung zu, da sich keine Notwendigkeiten ableiten lassen: *„Obwohl zum Zeitpunkt der Untersuchungen Anfang der 90er Jahre, beinahe entgegen allen Erwartungen, keine akute und direkte Gefährdung der Bewohner in den angrenzenden Siedlungsbereichen bestand, konnte der Zustand des Untersuchungsgebietes nicht einfach belassen werden. (...) So wäre der Standort zu einer großräumigen, stark belasteten Industriebrache verkommen (...) Zudem wäre es längerfristig zur Belastung des Grund- und Oberflächenwassers sowie der angrenzenden Böden gekommen. Damit bestand letztendlich die Gefahr, dass weit mehr Menschen als die Bewohner angrenzender Siedlungsbereiche von den Schadstoffen betroffen werden. Eine Sanierung des Areals war somit unbedingt notwendig.“* [16, S. 14]



Abbildung 6: Der zuständige Sachgebietsleiter des Umweltamtes der Landeshauptstadt Dresden, Dr. Bernd Richter (3. v. l.), erläutert Vertretern des Umweltkreises Ronneburg den Aufbau der Collmberhalde. Deren Haldenfuß grenzt unmittelbar an eine im Hintergrund sichtbare Ausbildungsstätte. Die Radon-Durchschnittsbelastung in der bodennahen Atmosphäre liegt in diesem Bereich der Halde bei 112 Bq/m³!

2. Überrascht nahmen wir den Umfang der Schwierigkeiten zur Kenntnis, denen sich die Kommunen im Kampf um die Sanierung von Uran-Altstandorten stellen mussten. Das permanente Ringen mit Treuhand, Bodenverwertungs-/verwaltungs-Gesellschaft, Eigentümern, verschiedensten Behörden Bund/Land, vielfältigen Voruntersuchungen, Projektstufen, Altlastbewertungen, Sicherungskonzepten, Sanierungsstrategien/-konzepten/-plänen, städtebaulichen/landschaftlichen Rahmenplänen und anderes mehr, das alles lag vor dem Zustandekommen des Verwaltungsabkommens auf den Schultern der Kommunen auch in Sachsen. Die Komplexität und vielfältige Bedeutung von Sicherungs- oder Sanierungsvorhaben erforderten fachliche, personelle, veraltungstechnische und auch noch spezifische Strategien, die nur die wenigsten umsetzen konnten. Die kommunalen Eigeninitiativen, zum Beispiel des Umweltamtes Dresden und anderer schufen letztlich die Voraussetzungen für Kompromisslösungen zwischen Bund und Freistaat. Vieles blieb dabei auf der Strecke, aber im Vergleich zu Thüringen – eine sächsische Erfolgsgeschichte!

1. Frank Lange: Bleibende Uranaltlasten, Strahlentelex 732-33 v. 6.7.2017, www.strahlentelex.de/Stx_17_732-733_S01-06.pdf
2. DIALOG 90, Sonderausgabe zu 25 Jahre Wismut GmbH, Juni 2016
3. „Objektliste Wismut-Altstandorte für radiologische Neubewertung“ TMUEN 2015
4. Umweltbericht 1998 des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt
5. Dr. Rudolph Dänicke: „Die Wismut im Zeitraum von 350 Jahren Johanngeorgenstadt“, DIALOG 40/ 2004 S. 8
6. Frank Lange: Strahlentelex Nr. 544-545 v. 03.09.2009, S. 5, www.strahlentelex.de/Stx_09_544_S05.pdf Nr. 546-547 v. 01.10.2009, S. 1-7, www.strahlentelex.de/Stx_09_546_S01-07.pdf Nr. 560-561 v. 06.05.2010, S. 10-13, www.strahlentelex.de/Stx_10_560_S10-13.pdf Nr. 570-571 v. 07.10.2010, S. 1-9, www.strahlentelex.de/Stx_10_570_S01-09.pdf Nr. 594-595 v. 06.10.2011, S. 7-14, www.strahlentelex.de/Stx_11_594_S07-14.pdf
7. Frank Lange: Unsanierete Altlasten des Uranbergbaus machen in Thüringen positive Ergebnisse sanierter Wismut-Flächen zunichte, Strahlentelex 610-611 v. 07.06.2012, S. 7, www.strahlentelex.de/Stx_12_610_S07.pdf
8. Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen „Der Uranbergbau in der DDR und

seine Folgen – Sanierung der Wismut-Altstandorte in Thüringen“; Drucksache 17/5766 v. 21.06.2011

9. Tätigkeitsbericht 2015 zur Sanierung sächsischer Wismut-Altstandorte, Wismut GmbH 2016
10. Thüringer Landeszeitung TLZ vom 31.03.2016, S. 16: Christiane Kneisel „Still ruht der Teich?“
11. DIALOG 39/2003 Beschluss des Sanierungsbeirates vom 15.10.2003 zu Grundsätzen der Prioritätensetzung
12. DIALOG 94 – 04/2017, Manfred Speer „Sanierung der Wismut-Altstandorte im Jahr 2016“
13. Frank Lange: Thüringen erhält sich den Ewigkeitscharakter seiner Uranbergbaualtlasten, Strahlentelex 702-703 v. 07.04.16, S. 2-6, www.strahlentelex.de/Stx_16_702-703_S02-06.pdf
14. „15 Jahre Sanierung sächsischer Wismut-Altstandorte“, Wismut GmbH, Juni 2017
15. www.wismut.de/de/altstandorte_projekte
16. „Glück Auf Dresden“, Landeshauptstadt Dresden, Umweltamt; Sandstein Verlag Dresden 2015

Fotonachweis Abb. 2: Kirchlicher Umweltkreis Ronneburg – Dieter Barth

Fotonachweis Abb. 5 und 6: Kirchlicher Umweltkreis Ronneburg – Henry Patz ●

Berlin, 10.-15. Oktober

Internationales Uranium Filmfestival in Berlin

Vom 10. bis 15. Oktober 2017 findet in Berlin das Internationale Uranium Filmfestival im Kino in der Kulturbrauerei und im Zeiss-Grossplanetarium statt.

In den Filmbeiträgen geht es um Geschichte und Gegenwart der Verwendung radioaktiven Materials zu militärischen Zwecken, um die Zerstörungen, die durch havarierte Atomkraftwerke verursacht sind und weiter werden, um geplante Atommülldeponien und schließlich um die Folgen einer „vergessenen“ Strahlenquelle aus einem Krankenhaus. Außerdem werden die

Foto-Ausstellungen „Hibakusha weltweit“ und „Brasiliens Tschernobyl“ (zu eben jener vergessenen medizinischen Strahlenguelle) gezeigt. Eine Podiumsdiskussion beschäftigt sich mit dem Einsatz uranhaltiger Munition in den Kriegen im Nahen Osten und im Balkan.

Veranstaltet wird das Internationale Uranium Filmfestival von der gleichnamigen Organisation in Zusammenarbeit mit IALANA, ICBUW Deutschland, Sayonara Nukes Berlin und den IPPNW.

Genauer unter:

www.uraniumfilmfestival.org
KINO IN DER KULTURBRAUEREI, Schönhauser Allee 36 / 10435 Berlin – Prenzlauer Berg
ZEISS-GROSSPLANETARIUM, Prenzlauer Allee 80, 10405 Berlin, Freier Eintritt zu Fotoausstellung IPPNW & Sonderveranstaltungen

Atomwirtschaft

Welt-Statusbericht der Atomindustrie 2017

Am 12. September 2017 wurde in Paris der neue World Nuclear Industry Status Report 2017 veröffentlicht, ein Mycle Schneider Consulting Projekt, das seit 2007 jährlich erstellt wird. Der Bericht beschreibt den anhaltenden weltweiten Niedergang der Atomindustrie. Die Autorinnen und Autoren vergleichen Daten zu Konstruktionsbeginn, Abbrüchen und Schließungen der Anlagen und analysieren die wirtschaftliche Lage der AKW-Betreiber sowie die unterschiedliche Atompolitik der diversen Länder. Der Bericht 2017 zeigt erneut, daß die Atomindustrie sich in einer Finanzkrise befindet und erschwingerliche Preise für Atomstrom Illusion bleiben. Im Gegensatz dazu nehmen die Anlagen für erneuerbare Energien eine rasante Entwicklung.

Der Anteil des Atomstroms an der Stromerzeugung weltweit liegt demnach praktisch unver-

ändert bei 10,5 Prozent. 70 Prozent des Atomstroms werden in nur 5 Ländern produziert, den USA, Frankreich, China, Russland und Südkorea. Offiziell sind zwar noch 53 Atomkraftwerke im Bau, jedoch weisen dabei 37 Baustellen große zeitliche Verzögerungen auf. An 8 Anlagen wird seit mehr als 10 Jahren gebaut, an drei davon sogar seit mehr als 30 Jahren. Auch in China befinden sich 11 von 20 AKW-Bauten nicht im Plan. Der einst größte AKW-Hersteller Westinghouse, zwischenzeitlich eine Toshiba-Tochter, ist inzwischen insolvent. Die französische Areva sitzt auf 12,3 Milliarden US-Dollar Schulden und wurde von der französischen Regierung mit einem 5,3 Milliarden US-Dollar schweren Rettungsplan bisher noch künstlich vor der Insolvenz bewahrt.

The World Nuclear Industry Status Report 2017, A Mycle Schneider Consulting Project, Executive summary:

<https://www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/20170912wnisr2017-executivesummary-en.pdf>

Vollständiger Report:

<https://www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/20170912wnisr2017-en-lr.pdf>

Katastrophenplanung

Flugzeugabsturz über Reaktor sei „Lebensrisiko“

Das von Klägern befürchtete Risiko eines betriebsbedingten Flugunfalls auf der umstrittenen Flugroute des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) über dem Forschungsreaktor in Berlin-Wannsee und eine dadurch ausgelöste Strahlenbelastung gehöre zum sogenannten „Restrisiko“ und ist als „Lebensrisiko“ von jedem Anwohner zu tragen. Das habe ein Gutachten des TÜV Süd ergeben, urteilte am 28. September 2017 das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg. Die Revision

zum Bundesverwaltungsgericht wurde nicht zugelassen.

„Die dagegen von den Klägern vorgebrachten Einwände konnten die Ergebnisse des Gutachtens nicht erschüttern“, teilte das Gericht laut dpa mit. Die Flugstrecke begünstige auch nicht das Risiko gezielter Angriffe auf den Reaktor und in Sachen Fluglärm sei die Route ebenfalls nicht zu beanstanden. Es gebe keine alternative Strecke, die sich hinsichtlich der Lärmverteilung als „eindeutig vorzugswürdig“ aufdränge.

Medizinische Strahlenbelastung

Vorschriftswidrig werden Röntgenpässe nicht angeboten

Das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) überprüfte den CT-Betrieb an Wochenenden, Feiertagen und nachts in Berliner Kliniken der Notfallversorgung

Bei Untersuchungen mit Computertomographieeinrichtungen (CT) speziell im Nacht-, Feiertags- und Wochenendbetrieb verfügt das beschäftigte Personal nicht in jedem Fall über die unbedingt erforderliche Strahlenschutzfachkunde. Aufgrund solcher Hinweise und weil im Vergleich zu den meisten anderen Röntgenuntersuchungen das bildgebende Verfahren mit CT für die Patienten eine erheblich höhere Strahlenbelastung bedeutet, hat das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi), bereits im Jahr 2014 die personellen Voraussetzungen in den Berliner Krankenhäusern mit Notfallversorgung überprüft.

In Berlin gibt es davon 42 Krankenhäuser. 33 sind dabei als Notfallkrankenhäuser und 6 als Notfallzentren (zum Beispiel die Charité) sowie 3 als Kliniken mit Spezialversorgung (zum Beispiel Deutsches Herzzentrum Berlin) eingestuft.

In den Notfallzentren sind re-

Die Flugstrecke für den BER war 2012 vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung festgelegt worden und soll Flugzeuge über den Wannsee und Zehlendorf und damit auch über den Forschungsreaktor in Berlin sowie über Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow in Brandenburg führen. Der Reaktor soll nach derzeitiger Planung in gut zwei Jahren stillgelegt werden. Ein Start des neuen Hauptstadtflughafens BER vor dem Herbst 2019 gilt als unwahrscheinlich. ●

gelmäßig rund um die Uhr Fachärzte für Radiologie anwesend. Die radiologischen Abteilungen der Notfallzentren übernehmen deshalb auch die Befundung im teleradiologischen Betrieb von Röntgen-einrichtungen zahlreicher anderer Kliniken. Deshalb habe das LAGetSi die Überprüfungen auf Notfallkrankenhäuser beschränkt, schreibt die Behörde in ihrem Bericht.

60 Prozent der Notfallkrankenhäuser waren demnach von September bis November 2014 aufgesucht und dort die Personalsituation im Spätbeziehungsweise Nachtdienst und an Wochenenden an insgesamt 25 betriebenen Computertomographen überprüft worden. Im Vorfeld der Überprüfungen wurden die Ärztekammer Berlin sowie die Krankenhausplanung über dieses Vorhaben informiert.

Das an den CT-Untersuchungen beteiligte Personal verfügt nicht immer über die notwendige fachliche Qualifikation im Strahlenschutz, und damit wer-